

Wahlprüfstein DIE LINKE

pax christi Diözesanverband Augsburg

DIE LINKE zu den Fragen von pax christi Diözesanverband Augsburg

Rüstungsexportpolitik

1. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Abs. 2 des Grundgesetzes festgeschrieben wird?

DIE LINKE stellt im Bundestag die einzige Fraktion, die ein gesetzliches Verbot von Rüstungsexporten fordert. Die Fraktion DIE LINKE will, dass deutsche Politik zu einer friedlicheren, sozialeren und gerechteren Welt beiträgt. In dieser Welt haben deutsche Waffenexporte nichts verloren. Wir unterstützen deshalb auch die Forderung der Aktion Aufschrei, ein Verbot in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festzuschreiben.

Rüstungsexportkontroll-Gesetz

2. Setzen sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass konkrete Ausfuhr- und Kontrollregelungen in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontroll-Gesetz zusammengeführt werden?

DIE LINKE begrüßt die Initiative, ein Rüstungsexportkontrollgesetz zu verabschieden. Bereits im März 2011 haben wir im Antrag „Alle Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern stoppen“ (Drucksache 17/5039) die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem ein Verbot des Exports von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern geregelt wird. Dieser Antrag wurde sowohl von der Regierungskoalition, als auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt. Jedoch darf ein solches Gesetz keinesfalls nur die politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Waffenexport in Gesetzesrang erheben - eine Forderung, mit der SPD und Grüne auch weiterhin hausieren gehen. Denn schließlich erlaubt die Formulierung dieser politischen Grundsätze auch alle momentanen Waffenexporte: Insbesondere die Umschreibung, die Bundesregierung würde ‚grundsätzlich keine Waffenexporte genehmigen wenn ...‘, ist eine juristische Finte. Unwirksame Formulierungen in Gesetzesrang zu erheben macht diese nicht wirksam. Ein solches Gesetz müsste daher vielmehr mit seinen Bestimmungen ein vollständiges Waffenexportverbot regeln.

Exportverbot von Kleinwaffen

3. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl - angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen - für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und der zugehörigen Munition aus Deutschland ein?

DIE LINKE setzt sich für ein umgehendes Verbot des Exports von Kleinwaffen aus Deutschland ein. Kleinwaffen verursachen nicht nur mehr Opfer als jede andere Waffenart, sie verschärfen auch Konflikte und destabilisieren Gesellschaften insbesondere im globalen Süden. Bei einer durchschnittlichen Verwendungsdauer von 30 bis 50 Jahren stellt ihre massenhafte Verbreitung ein ernsthaftes Problem für den Frieden und die Sicherheit vieler Gesellschaften dar. Wenn heute die Bundesregierung einen Export von Kleinwaffen genehmigt, werden noch in einem halben Jahrhundert Menschen mit diesen deutschen Kleinwaffen getötet werden. Das Kleinwaffen-Exportverbot sollte uneingeschränkt gelten. Ausnahmen, zum Beispiel für NATO-Staaten, sind nicht sinnvoll: Sie bieten ein Schlupfloch für die Weitergabe deutscher Kleinwaffen an Zwischenhändler in anderen Staaten.

Verbot der Lizenzvergabe

4. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe ein, um die unkontrollierte Produktion und Weiterverbreitung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern zu unterbinden?

Deutsche Firmen verkaufen nicht nur Waffen, sondern sogar ganze Waffenfabriken - schlüsselfertig samt Maschinen, Fertigungsunterlagen und Ausbildung. Konkret brauchen die Firmen für die Ausfuhr von Produktionszeichnungen, Fertigungsunterlagen oder Herstellungsmaschinen eine Genehmigung der Bundesregierung. Ist eine Fabrik erst einmal aufgebaut, kann das entsprechende Land über viele Jahrzehnte die entsprechende Waffe oder Munition selbst produzieren. Die Waffen werden wiederum über viele Jahrzehnte weltweit im Umlauf sein. In der Regel wird zwar in einer schriftlichen Erklärung, der Endverbleibserklärung, zugesichert, dass die Produkte aus einer Lizenzvergabe nicht ohne Genehmigung der Bundesregierung weiter exportiert werden dürfen. Diese Erklärung ist jedoch wertlos, denn die Bundesregierung kann und will am Ende überhaupt nicht kontrollieren, ob Waffen nicht doch weiter exportiert werden. Vor-Ort-Prüfungen gibt es nicht. Mit solch einer Praxis muss endlich Schluss sein. DIE LINKE ist für ein Verbot aller Lizenzvergaben von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. Diese Forderung ist eine von vier Teilverbotsforderungen der Fraktion DIE LINKE auf dem Weg zu einem Totalverbot von Rüstungsexporten.

Verbot von staatlichen Bürgschaften

5. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von staatlichen Bürgschaften für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, damit nicht weiterhin Rüstungsexporte durch Steuergelder abgesichert werden?

Das Geschäft mit dem Krieg befördert die Bundesregierung, indem sie Rüstungsunternehmen den Verkauf von Waffen an andere Länder großzügig genehmigt. Aber die Bundesregierung geht noch viel weiter und unterstützt die Waffenexporte mit vielen Mitteln – auch mit Steuergeldern. So werden Rüstungsexportgeschäfte durch Hermes-Bürgschaften abgesichert. Damit werden Teile des Unternehmensrisikos von der Bundesregierung zu Lasten der SteuerzahlerInnen übernommen. Wenn alles im Sinne der Industrie läuft und die Empfängerländer wie geplant zahlen, wird dieses Geld nicht in Anspruch genommen. Läuft es schlecht, bekommen die Unternehmen ihr Geld zu Lasten der SteuerzahlerInnen.

Diese staatliche Förderung des Waffenhandels durch die Bundesrepublik muss endlich gestoppt werden: Es müssen sowohl die Vor-Finanzierung oder finanzielle Absicherung mit Steuergeldern als auch die Gewährung von Ausbildungsleistungen an solchen Waffen in den Empfängerländern gesetzlich verboten werden.

Verhältnis Deutschland/Europa - Russland

6. Stimmen Sie mit der Einschätzung überein, dass Russland die Krim aus nationalen wie militärischen Gründen keinesfalls an die Ukraine zurückgeben wird? Wenn ja, wie stellen Sie sich unter dieser Voraussetzung das zukünftige Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland vor?

Ja, es muss damit gerechnet werden, dass Russland die Krim nicht zurückgeben wird, da die Krim aus russischer Sicht eine wichtige geostrategische Rolle spielt. Und es ist offensichtlich, dass weder Deutschland noch die EU Russland dazu werden zwingen können. Der Beitritt der Krim zu Russland war ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht, den wir kritisieren. Leider haben auch andere Staaten, allen voran die USA, in den letzten Jahren immer wieder Verstöße gegen das Völkerrecht zu verantworten. Dennoch und eigentlich umso mehr stehen wir auf dem Standpunkt: Sicherheit in Europa und der Welt kann nur durch Zusammenarbeit gewährleistet werden. Wir fordern deshalb eine neue deutsche und europäische Entspannungspolitik in Richtung Russland.

Das ist für uns auch eine Lehre aus der Vergangenheit. Wir sehen Deutschland angesichts des mörderischen Krieges, den es vor 75 Jahren über die Sowjetunion gebracht hat, auch in einer besonderen historischen Verantwortung gegenüber Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Wir brauchen unverzüglich Vorschläge für eine Wiederverbesserung des deutsch-russischen Verhältnisses. Deutschland muss im Rat der EU die Sanktionen gegen die Russische Föderation ablehnen. DIE LINKE tritt für die Stärkung der OSZE als wichtiges Format der gesamteuropäischen Kooperation ein.

Wir brauchen neue vertragliche Grundlagen für die Beziehungen zwischen Deutschland beziehungsweise der EU und Russland. Dazu gehört auch eine Vereinbarung über gegenseitige Visafreiheit. Es sollen Vereinbarungen über Studienförderung und Studierendenaustausch getroffen werden. Ein Vertrag sowie die Aufwendung erheblicher finanzieller Mittel für einen gesamteuropäischen Jugendaustausch könnten eine neue Etappe gesamteuropäischer Politik für junge Menschen erfahrbar machen.

nur mit, nicht gegen Russland

7. Sind sie der Meinung, dass die großen internationalen Fragen (Ost-Ukraine, Syrien, internationaler Terrorismus...) nur mit, nicht gegen Russland gelöst werden können?

Es ist offensichtlich, dass wir ohne Russland die von Ihnen angesprochenen Fragen nicht lösen können – schon gar nicht gegen Russland. DIE LINKE hält am Minsker Prozess fest. Es gibt keinen anderen Weg zum Frieden in der Ostukraine. Die Unterzeichnermächte des Minsker Abkommens, Deutschland, Frankreich, Russland sowie die Regierung der Ukraine (Kiew) müssen gemeinsam diesen Prozess neu beleben.

Russland ist auch in Syrien ein wichtiger Akteur. DIE LINKE fordert Zusammenarbeit im Sinne einer schnellen und umfassenden Friedenslösung. Die Beendigung des Kriegs und des unendlichen menschlichen Leids muss oberste Priorität haben. Eine Konfrontation der USA bzw. der NATO mit Russland im Syrien-Krieg wäre brandgefährlich.

Damit verbunden ist die Frage des internationalen Terrorismus. Russland ist mehr als die meisten westlichen Länder bereits zur Zielscheibe des Terrorismus geworden. Es sollte ein gemeinsames Interesse des Westens und Russlands sein, den Terrorismus effektiv zu bekämpfen. Militärisch werden wir den Terrorismus allerdings nicht besiegen, das zeigt die Bilanz des „Kriegs gegen den Terror“, in dem in letzten 16 Jahren viele Menschen gestorben, aus dem die Terroristen aber nur gestärkt hervorgegangen sind.

Wir müssen aus dieser Gewaltspirale aussteigen. Islamistische Terrorgruppen müssen konsequent vom Zugang zu Finanzierung, Waffen und Rekruten abgeschnitten werden. Auch dazu bedarf es einer guten internationalen Kooperation unter Einbeziehung Russlands.

NATO-Politik

8. Stimmen Sie der Einschätzung zu, dass Druck von Seiten der NATO und der EU die Positionen der russischen Regierung nur verhärten kann und somit die Lösung anderer drängender Weltprobleme verhindert?

Statt die Zusammenarbeit zu suchen, gehen Bundesregierung, NATO und EU leider in die Konfrontation und suchen ihren geostrategischen Vorteil gegen Russland. Russland wird nicht als Partner, sondern als Konkurrent oder Gegner betrachtet. Dabei wäre die Kooperation nicht nur im Sinne des Friedenserhalts in Europa, sondern auch gut für die Bearbeitung von Konflikten außerhalb Europas im oben beschriebenen Sinne.

Nach der Auflösung des Warschauer Paktes erwarteten viele Menschen in allen Teilen Europas auch die Auflösung des westlichen Militärbündnisses. Stattdessen wurde die NATO absprachewidrig weiter gen Osten ausgedehnt. Bundeswehreinheiten sind nahe der Westgrenze Russlands stationiert. Das strategische Gleichgewicht soll durch den NATO-Raketenabwehrschirm außer Kraft gesetzt werden. Russland hat seinerseits mit einer westwärts gerichteten Verlegung von Streitkräften darauf reagiert.

Wir halten diese Konfrontationspolitik für fatal. Wir sind der Meinung, dass sich die NATO als Militärbündnis überlebt hat. Wir wollen sie ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem in Europa unter Einschluss Russlands. Um dies zu erreichen, muss als Erstes eine Vereinbarung getroffen werden, keine neuen Mitglieder in die NATO aufzunehmen und die Stationierungslinie von NATO-Kräften auf das Maß zurückzuführen, das bei der deutschen Vereinigung verhandelt wurde.

Flüchtlingssituation

9. Was sind Ihre Vorschläge für eine Bekämpfung von Fluchtursachen?

Die Fluchtursache Nummer 1 ist Krieg. Millionen Menschen fliehen vor bewaffneten Auseinandersetzungen aus ihrer Heimat. Deutschland ist als einer der größten Rüstungsexporteure der Welt mitverantwortlich. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die im Jemen Krieg führen, gehören ebenso zu den Kunden deutscher Waffenschmieden wie die Türkei, die immer wieder militärisch gegen ihre eigene Bevölkerung vorgeht und in Syrien islamistische Terrorgruppen unterstützt. Diese Rüstungsexporte werden durch die Bundesregierung genehmigt. Wir finden das skandalös. DIE LINKE will Rüstungsexporte grundsätzlich verbieten, zu allererst Exporte in Konfliktgebiete.

Wir müssen die Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern des Südens verändern, sie fair gestalten. Handelsabkommen der EU mit Ländern des Südens zwingen diese, ihre Zölle für unsere Produkte zu beseitigen und damit die Existenzgrundlagen für lokale Produzenten zu zerstören. Solche Abkommen wollen wir aussetzen und neu verhandeln. Zugleich gibt es kaum verbindliche Regeln, die Investoren aus dem Norden zwingen, Arbeits- und Sozialstandards im Süden einzuhalten. DIE LINKE unterstützt den sogenannten Treaty-Prozess im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zur verbindlichen Sanktionierung von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen. Die Bundesregierung soll sich konstruktiv an diesem Prozess beteiligen, sich aktiv für die Interessen der Beschäftigten und nicht der Unternehmen einsetzen.

Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit verstärken. Deutschland muss sich an das vor Jahrzehnten verabredete Finanzierungsziel von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens halten und die Länder des Südens stärker dabei unterstützen, wirtschaftliche Perspektiven für die Menschen zu schaffen.

Familiennachzug und Aufnahmekontingente

10. Die Sorge vieler Flüchtlinge um ihre engsten Angehörigen, die oftmals noch in den Herkunftsländern bzw. in den Nachbarregionen zurückgeblieben sind, ist sehr belastend und kann Integration verhindern.

Wie stehen Sie zum Familiennachzug bzw. zu Aufnahmekontingenten für Familienangehörige von hier in Deutschland lebenden Geflüchteten.

Der Familiennachzug muss umfassend, zügig und unabhängig vom zuerkannten Schutzstatus rechtlich abgesichert vollzogen werden können. Für Verwandte, die nicht Ehepartner oder Eltern minderjähriger Flüchtlinge oder deren Geschwister sind, sollte es darüber hinaus Möglichkeiten zur Aufnahme geben. Die von den Bundesländern 2016 geschaffenen Kontingente waren hier ein erster richtiger Schritt. Allerdings hat die Praxis auch gezeigt, dass aufgrund der Ansprüche an die eigenständige Lebensunterhaltssicherung dann doch viele Verwandte auf Schleuserdienste angewiesen waren. Zukünftig müssen solche Kontingentregelungen großzügiger ausgestaltet sein.

Palästina

11. Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl - wie zuletzt der Vatikanstaat - für eine Anerkennung eines Staates Palästina ein?

DIE LINKE begrüßt die Aufwertung Palästinas auf Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen als friedlichen Schritt hin zu einer eigenen Staatlichkeit. Mit ihrer Stimmhaltung bei der UNO-Generalversammlung hat die Bundesregierung einmal mehr deutlich gemacht, dass ihre Unterstützung für den Aufbau eines souveränen palästinensischen Staates nur ein Lippenbekenntnis ist. DIE LINKE spricht sich dafür aus, die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der Vereinten Nationen zu unterstützen. Deutschland sollte vorangehen und Palästina als unabhängigen Staat diplomatisch anerkennen.

Beendigung der israelischen Besatzung

12. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Beendigung der israelischen Besatzung palästinensischer Gebiete einsetzen?

Für DIE LINKE gilt, dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber jüdischem Leben in Deutschland sowie dem Staat Israel hat. Gleichmaßen tritt DIE LINKE für das Ende der Besatzung der palästinensischen Gebiete und das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung in einem lebensfähigen Staat ein. Maßstab ist für uns das internationale Völker- und Menschenrecht, das für alle Staaten und Konfliktparteien zu gelten hat.

Um die Lebensfähigkeit einer palästinensischen Staates garantieren zu können, muss dieser über völkerrechtlich abgesicherte Grenzen sowie freie, sichere Verkehrswege zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen verfügen und die Kontrolle über seine eigenen Ressourcen innehaben. Ein zwischen beiden Parteien geschlossenes Friedensabkommen muss das Ende des israelischen Siedlungsbaus einschließen und eine Grenzziehung sollte auf der Grundlage von 1967 erfolgen. Außerdem müssen verbindliche Rückkehr- oder Entschädigungsregelungen für palästinensische Flüchtlinge gefunden werden.